

Energiepreis runter!

für eine **soziale**
Energiewende



ENERGIEVERSORGER

**Hohe Strompreise bescheren RWE-Konzern
Milliardengewinn**

Geschäftszahlen

Vattenfall trotz Energiepreiskrise auf Wachstumskurs

ENERGIEKONZERN

**Eon steigert Gewinn und
hebt Jahresprognose an**

28.10.2021 15:48 von Philip

ENERGIEKONZERN

**Eon-Chef gibt Gewinn-Versprechen für die
nächsten fünf Jahre**



11. August 2021

23.11.2021, 10:13 | Lesedauer: 5 Minuten

Vieles wird teuer. Besonders stark verteuert haben sich Strom, Gas, Benzin und Heizöl. Die Mittelschicht, Menschen mit geringen Einkommen oder Rentnerinnen und Rentner müssen einen größeren Teil

ihres Einkommens für Energie ausgeben und sind besonders stark von der Teuerung betroffen. Sofortmaßnahmen gegen die steigenden Preise und eine sozial gerechte Energiewende sind nötig.

Was jetzt nötig ist:

- 1** Die Wiedereinführung der staatlichen **Preisaufsicht** und die bundesweite **Deckelung** der Energie- und Gaspreise, wie es das beispielsweise in Spanien und Portugal schon gibt.
- 2** Die Einführung einer **Übergewinnsteuer** um auch Energiekonzerne mit ihren zusätzlichen Profiten in der Krise angemessen an den gesellschaftlichen Kosten zu beteiligen.
- 3** Ein gesetzliches **Verbot von Strom- und Gassperren**.
- 4** **Anpassung der Sozialleistungen** (bspw. ALG II, BAföG, Wohngeld) an die aktuellen Bedingungen, um die Sicherung der Lebensgrundlage sicherzustellen.
- 5** **Rettungsfonds für betroffene Unternehmen & Selbstständige**, damit Insolvenzen infolge der Preissteigerungen verhindert werden.
- 6** Eine einkommensteuerpflichtige **Zuschusszahlung** für alle Haushalte von 125 Euro plus 50 Euro pro weiteres Haushaltmitglied je Monat, befristet bis zum Rückgang der Preissteigerungen auf das Vorkrisenniveau.
- 7** Ein **Unterstützungsprogramm für die kommunalen Unternehmen** unserer Städte und Gemeinden, wie Wohnungsgenossenschaften und Energieversorger, muss zur Abfederung von Zahlungsschwierigkeiten, die im Zuge der Energiekrise erwartet werden, eingerichtet werden.

Mehr Informationen:

www.energiepreis-runter.de

Übergewinnsteuer: Bevölkerung dafür, (fast alle) Parteien dagegen

Auch in Deutschland ist die Mehrheit der Bevölkerung für eine Übergewinnsteuer auf Kriegs- und Krisenprofite. Mit dieser lassen sich Maßnahmen finanzieren, mit denen die Menschen angesichts steigender Preise entlastet werden können.



Quelle: Civey, 5.501 Befragte, Stat. Fehler Gesamtergebnis 2,5 %. Punkte, Frage: "Sollten Unternehmen, die vom Russland-Krieg profitieren, zusätzliche Steuern zahlen?"

Im Finanzausschuss des deutschen Bundestages hat allerdings nur DIE LINKE dafür gestimmt. Im Bundesrat haben unter anderem Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Berlin für die Übergewinnsteuer gestimmt – die sächsische Landesregierung war dagegen.

Drei Grundpfeiler für eine andere Energiepolitik

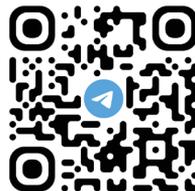
- **kommunal:** Statt auf Shell & RWE setzen wir auf kommunale Energieunternehmen.
- **dezentral:** Energiegewinnung auch vor Ort durch Bürgerinnen und Bürger.
- **in öffentlicher Hand:** Energie ist Grundversorgung und gehört – wie Straßen, Schienen oder Schulen – in öffentliche Hand.

Andere Länder zeigen, wie es geht

- **Spanien:** Die Stromsteuer wurde gesenkt und der Mehrwertsteuersatz auf Strom halbiert, die beitragsunabhängige Rente wurde um 15 % erhöht, der Preis auf Gasflaschen eingefroren und eine Übergewinnsteuer ist geplant.
- **Frankreich:** Die Teilprivatisierung des großen Energiekonzerns EDF wird rückgängig gemacht. Die Gaspreise wurden auf dem Niveau von Oktober 2021 eingefroren. Die Strompreise durften um maximal vier Prozent erhöht werden.
- **Portugal:** Auch hier gibt es u.a. einen Stromanpreisdeckel.
- **USA:** Selbst im Mutterland des Kapitalismus legen die Demokraten einen Gesetzentwurf für eine Übergewinnsteuer vor.
- **Italien:** Mit einer Übergewinnsteuer werden hier zahlreiche Maßnahmen finanziert. Millionen Familien bekommen Zuschüsse zu Strom- und Heizkosten. Der Benzin- und Dieselpreis wurde gesenkt. Besonders energie- oder gasintensive Unternehmen bekommen eine Steuergutschrift.
- **Und Deutschland?** Hier verhindern alle von FDP bis AfD eine Übergewinnsteuer und werfen das Geld mit beiden Händen den Mineralölkonzernen in den Rachen.

mehr Informationen:
energiepreis-runter.de

Oder auch in unserem Telegram-Kanal
dielinke-sachsen.de/telegram
oder via QR-Code (rechts)



DIE LINKE.